

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bahnstraße 50
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208/ 47 92 41
E-Mail: gruene-fraktion@gruene-mh.de

CDU

Bahnstraße 31
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208/ 45 95 4-0
E-Mail: cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

An die Mülheimer Medien

13. Juni 2022

Bildungsentwicklungsplan: Eine gelungene Weichenstellung für die Zukunft

Die Mülheimer Schulen fit für die Zukunft zu machen, ist eine der größten Herausforderungen, vor denen die Politik steht. Die Schulen müssen rein quantitativ einer wachsenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern Raum bieten, aber auch in qualitativer Hinsicht den pädagogischen Anforderungen eines zeitgemäßen Lernens und einer zunehmenden Differenzierung gerecht werden. Außerdem nimmt der Bedarf an Betreuung, Förderung und Versorgung mit Essen stetig zu, insbesondere durch den zukünftigen Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz an Grundschulen.

Anlässlich der Einbringung des Bildungsentwicklungsplanes erklären die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Farina Nagel, und der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiko Hendriks:

„Der mehrere hundert Seiten umfassende Bildungsentwicklungsplan ist nun ein erster Meilenstein in einem noch gut zehn Jahre andauernden Prozess, der eine gelungene Weichenstellung für die Zukunft vornimmt. Nach intensiven Beratungen und zahlreichen Gesprächen ist für die Verantwortungsgemeinschaft aus Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU zwar zum einen die grundsätzliche Richtung klar, dass eine es keine weitere Schulneugründung geben soll, zum anderen sind aber noch viele Fragen im nun beginnenden Prozess zu klären. Dies gilt nicht nur für die Politik, sondern auch für die Schulen. Eine professionelle Begleitung des Prozesses in Form einer Koordinierungsstelle in Vollzeit scheint Grünen und der CDU daher unverzichtbar.“

Diese Fachkraft soll über eine pädagogische Qualifikation verfügen und insbesondere bei der Umsetzung der baulichen Maßnahmen pädagogisch-didaktisch beratend tätig sein“, wie es in einem interfraktionellen Begleitantrag zum Bildungsentwicklungsplan heißt. Neben den Klassenräumen gelte es zudem sicher zu stellen, dass die Schulen zusätzlich und in adäquater Form um Fachräume, Freizeitbereich, Besprechungs- und Differenzierungsräume sowie Arbeitsplätze für die Lehrkräfte und Sportstätten erweitert werden, fordert der Antrag. Die Erweiterung darf nicht zu Lasten der ohnehin durch vergangene Erweiterungen geschrumpften Schulhöfe gehen. Denn ausreichende Bewegung und Erholung ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen und zufriedene Kinder.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU und Grüne erkennen an, dass das GEBIT-Gutachten einen Rahmen in Hinblick auf die Entwicklung der steigenden Bedarfe setzt, aber diese natürlich fortlaufend, auch aufgrund aktueller Entwicklungen, überprüft werden müssen. Das ist auch ganz normal. Als äußerst hilfreich bewerten die beiden Fraktionen die Stellungnahmen der Schulen und ihre Einschätzungen, was sie leisten können und wo noch Defizite bestehen.

„Wir freuen uns darüber, wie ernst das an den meisten Schulen genommen wurde, und wir bedanken uns für die Mühe, die sich die meisten Schulversammlungen mit ihren Stellungnahmen gemacht haben“, so Dr. Franziska Krumwiede-Steiner (Bündnis 90/Die Grünen) für beide Fraktionen. Vorschläge und Kritik sollen nicht verhallen, sondern ernst genommen werden.

Die Wahrung des Schulfriedens ist uns wichtig und wir wollen nicht gegen ihre Interessen handeln. „Alle in den Stellungnahmen gemachten Vorschläge werden auf die Möglichkeit der praktischen und technischen Umsetzbarkeit geprüft“, ergänzen Dr. Farina Nagel und Heiko Hendriks.

Beiden Fraktionen ist bewusst, dass, wenn an 17 der 38 Schulen in unterschiedlicher Intensität baulich eingegriffen werden muss, dies einer guten Planung und stetiger Begleitung bedarf. Aufgrund der Zeit, die die Planungen und Umsetzung in Anspruch nehmen, werden wir leider an vielen Schulstandorten nicht um provisorische und temporäre Lösungen herkommen. Für die Umsetzung dieser Projekte gibt es bislang vielfach nur Ideen, aber noch keine Konzepte, wie die einzelnen Schritte umgesetzt werden können. Sie müssen in separaten Planverfahren erarbeitet werden, für die zum Teil auch Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben werden müssen. Sollten sich dann auch Annahmen aus der Gegenwart als falsch erweisen, muss entsprechend nachgesteuert werden. Deshalb ist es den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU wichtig, dass die Politik fortlaufend im Bildungsausschuss, den Bezirksvertretungen und auch im Jugendhilfeausschuss über den Stand der Umsetzung informiert werden und gegebenenfalls auch korrigierend eingreifen kann.

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

Steffen Tost

- Fraktionsgeschäftsführer -

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen